

Interview-Runde II

Der veruntreute Mittelstand

Die nächste Wahl steht vor der Tür: Der heimische Mittelstand wird bislang bei politischen Entscheidungsprozessen kaum gehört beziehungsweise regelrecht übergangen und fühlt sich ausgebeutet. Lobbycoach und Mittelstands-Aktivist Wolfgang Lusak* hat bei den heimischen Partei-Chefs nachgefragt, welche Bedeutung der Mittelstand politisch für sie hat und ob es Strategien gibt, die Situation des Mittelstandes zu verbessern.

a3 ECO bringt in einer Serie auszugsweise die Interviews mit identen Fragestellungen und startete im ersten Teil mit Neos-Chef Matthias Strolz und FPÖ-Bundesparteiobmann H.C. Strache (siehe a3 ECO 6/2017). Im zweiten Teil kommen nun Bundeskanzler und SPÖ-Chef Christian Kern sowie Grünen-Spitzenkandidatin Ulrike Lunacek zu Wort. „Neue ÖVP“-Chef Sebastian Kurz war leider zu keiner Stellungnahme bereit.



„Es ist wenig zielführend, nach Erwerbsformen zu unterscheiden“

Interview über den Mittelstand mit SPÖ-Chef und Bundeskanzler Christian Kern.

Welche Bedeutung, welchen Stellenwert hat in Ihrer Partei der Mittelstand?

Christian Kern: Vorwegzuschicken ist an dieser Stelle, dass die SPÖ nicht den Begriff „Mittelstand“ verwendet, sondern „Mittelschicht“ – und das aus gutem Grund. Denn wenn man vom Mittelstand spricht, sind oft die EigentümerInnen von Klein- und Mittelbetrieben gemeint. Die Mittelschicht ist jedoch breiter definiert. Sie umfasst jene große Gruppe der Gesellschaft, die sich durch Erwerbstätigkeit – ob selbständig oder unselbständig – einen gewissen Lebensstandard erarbeitet. Genau diese Gruppe gerät heute unter immer stärkeren Druck. Das betrifft „kleine Selbständige“ genauso wie ihre MitarbeiterInnen. Es ist wenig zielführend, nach Erwerbsformen zu unterscheiden. Die Mittelschicht hat für die SPÖ daher einen sehr hohen Stellenwert. Die SPÖ ist die

einzige Partei, die für die Mittelschicht kämpft. Dieses Alleinstellungsmerkmal wird durch eine ganze Reihe bereits gesetzter Reformen (z.B. Steuerreform, Ausbauoffensive bei Ganztagschulen, verkürzte Wartezeiten für medizinische Untersuchungen etc.) ebenso nachdrücklich unterstrichen wie durch die aktuelle SPÖ-Kampagne zur Stärkung der Mittelschicht. Während andere die Mittelschicht vernachlässigen und als Schutzmantelmadonna für Konzerne und Banken agieren, setzt die SPÖ auf Zuhören, Verstehen und das Erarbeiten von konkreten Lösungen, um die Mittelschicht zu stärken. Für uns sind nicht jene fünf Prozent der Bevölkerung, die von Dividenden und Zinsen leben, die LeistungsträgerInnen, sondern jene 95 Prozent, die jeden Tag früh aufstehen, arbeiten gehen und sich tagtäglich anstrengen müssen. Für diese 95 Prozent machen wir Politik.

Welche Person oder Einheit ist in Ihrer Partei ausdrücklich für den Mittelstand zuständig?

Kern: Das ist bei uns Chefsache. Die gesamte SPÖ ist für die Belange der Mittelschicht aktiv. Sprachrohr ist die SPÖ-Nationalratsabgeordnete und Bereichssprecherin für KMU und EPU, Cornelia Ecker.

Wie viele Prozent ihrer NR-Abgeordneten arbeiten als Chefs oder Mitarbeiter in einem KMU/Selbständigen-Unternehmen bzw. haben dort mehr als 3 Jahre gearbeitet?

Kern: Daten über die detaillierten, insbesondere alle vergangenen Arbeitsverhältnisse aller Abgeordneten wurden seitens des SPÖ-Klubs nicht erhoben.

Wodurch weisen Sie bisher den Wählern nach, dass sich Ihre Partei für den Mittelstand einsetzt?

Kern: Die SPÖ hat in den letzten Jahren zahlreiche Maßnahmen und Initiativen gesetzt, die die Mittelschicht stärken. Ein Beispiel dafür ist die große, von der SPÖ durchgesetzte Steuerreform, von der kleine und mittlere Einkommen besonders profitieren. Für zusätzliche KMU-Unterstützung haben wir mit der KMU-Investitionszuwachsprämie gesorgt. Auch von der großen Ausbauoffensive in Sachen Ganztagschulen profitiert die Mittelschicht, konkret wird dadurch die Vereinbarkeit von Beruf und Familie verbessert, die Nachhilfekosten werden deutlich reduziert. Auch das Investitionspaket für Gemeinden im Ausmaß von 175 Mio. Euro kommt der Mittelschicht zugute – das Paket schafft Jobs und stärkt besonders die kleinen und mittleren Unternehmen in den Regionen. Die Menschen vor Ort profitieren von verbesserter Infrastruktur, wie z. B. Investitionen in Schulen, Kinderbetreuungseinrichtungen oder Wasserinfrastruktur. Mit weiteren Maßnahmen wie u. a. dem Beschäftigungsbonus, dem Lehrlingspaket, dem Mindestlohn von 1.500 Euro oder der „Aktion 20.000“ für

ältere langzeitarbeitslose ArbeitnehmerInnen wollen wir weitere wichtige Verbesserungen für die Mittelschicht erreichen.

Wie ist es zu erklären, dass die Österreicher den Mittelstand zwar einerseits als klare Nummer 1 in Bezug auf Wirtschafts-Rückgrat und Krisenretter betrachten, aber andererseits als ständig an Einfluss und Durchsetzungskraft (vor allem ggü. Konzernen, Globalbanken und Regierung) verlierende Unternehmen sehen?

Kern: Dass dies ganz wesentlich mit der Globalisierung zu tun hat, wodurch die Position von Konzernen gegenüber jener von KMU gestärkt wird, liegt auf der Hand. Die Globalisierung lässt sich nicht rückgängig machen und sie hat Vorteile gebracht. So wurde der Anteil derjenigen, die in bitterer Armut leben, sowie die Kindersterblichkeit massiv verringert. Aber viele werden von der Wohlstandsentwicklung durch die Globalisierung nicht mitgenommen. Das betrifft ganz massiv auch die KMU, die immer mehr unter Druck geraten. Daher versucht der Staat, Impulse für die KMU zu geben, durch 5 Mrd. Euro an öffentlichen Investitionen. Daher wurde die Reform des Privatkonkurses beschlossen (ab

1. Juli in Kraft), um UnternehmerInnen, die scheitern, eine neue Chance zu geben. Das Zurverfügungstellen von Kapital für neue Unternehmensideen und GründerInnen, die Forschungsförderung und der Breitbandausbau sind weitere entscheidende Maßnahmen. Wir fordern einen Bürokratieabbau. Und es wurde begonnen, die Lohnnebenkosten im Ausmaß von 1 Mrd. Euro zu senken und auch der Beschäftigungsbonus fällt in diesen Bereich, denn er kommt vor allem den KMU zugute – wenn auch die ÖVP nach Beendigung der Koalition eben diese Erleichterung für KMU blockiert.

Wenn nachweislich 63% der Österreicher den Mittelstand für sehr wichtig halten, wenn sich 32% der Österreicher zur Wertegemeinschaft Mittelstand zählen, wenn 18% der Bevölkerung keine der bestehenden Parteien als Mittelstandspartei sehen: Was tut die SPÖ, um diese bedeutsame Zielgruppe zu erreichen? (Lusak/LdM-Gallup-Umfrage 2008 – 2016 in 7 Wellen)

Kern: Ich kann hier nur nochmals betonen: Die SPÖ hat zahlreiche Reformen – wie u. a. die Steuerreform – erfolgreich umgesetzt, die direkt bei den Menschen aus der Mittelschicht ankommen. Gleiches gilt für den deutlichen Ausbau der Ganztagschulen, den wir gegen große Widerstände der Konservativen durchgesetzt haben. Auch mit unserer aktuellen Zuhör- und Gerechtigkeitskampagne (www.spoe.at/wasbewegt dich) zeigen wir: Die Sozialdemokratie stellt die Bedürf-



DEFINITION DES MITTELSTANDES

Der Mittelstand wird einerseits gebildet aus den Eignern/Unternehmern der KMU/Selbständigen, das sind ca. 0,7 Millionen Menschen, rechnet man ihre Mitarbeiter dazu umfasst er gut 2 Millionen Menschen.

Andererseits ist der Mittelstand auch als Wertegemeinschaft anzusehen: 32 Prozent der heimischen Bevölkerung zählen sich zu einem Mittelstand der Werte Leistung, Eigentum, Nachhaltigkeit/ Verantwortung und fairer Wettbewerb (Quelle: Lusak/LdM-Gallup-Umfrage 2016 – 7. Welle).

Mehr Infos unter
www.lobbydermitte.at

nisse und Wünsche der Mittelschicht ins Zentrum ihrer Politik, um eine bessere Zukunft mit einer starken Mittelschicht zu schaffen. Denn Österreich ist stark, wenn die Mittelschicht stark ist.

Nennen Sie bitte 3 Punkte, die sie konkret vorhaben, um die Situation des Mittelstandes zu verbessern.

Kern: Wir kämpfen für eine starke österreichische Wirtschaft, die Arbeitsplätze schafft und sichert – mit öffentlichen Investitionen in Schulen, Straßen, schnelles Internet, die mit über 5 Mrd. Euro so hoch

sind wie nie. Mit zwei Mrd. Euro für einen Beschäftigungsbonus, der das Schaffen von neuen Jobs mit 50 Prozent weniger Lohnnebenkosten belohnt. Wir fördern Innovationen, Investitionen und Bildung, denn nur so können wir mehr Wohlstand schaffen, der auch wirklich bei der Mittelschicht ankommt. Das stärkt auch die soziale Balance in Österreich. Das bedeutet mehr Mittel für Forschung und Entwicklung, für die Universitäten, aber auch Fortschritte in der Bildung wie Ganztagschulen und das 2. Kindergartenjahr. Wir kämpfen für den Mindestlohn von 1.500 Euro, weil in Österreich bei harter Arbeit

genug zum Leben übrig bleiben muss. Wir kämpfen für jene Frauen und Männer, die hören müssen, dass sie mit 50 zu alt für einen Arbeitsplatz sind. Wir sagen: Österreich kann auf das Wissen und die Erfahrung älterer ArbeitnehmerInnen nicht verzichten und wollen für sie 20.000 Jobs schaffen.



„Es geht um Inhalte,
nicht um schöne Worte“

Standpunkte von Grünen-Spitzenkandidatin
Ulrike Lunacek.

Welche Bedeutung, welchen Stellenwert hat in Ihrer Partei der Mittelstand?

Ulrike Lunacek: Vor dem Hintergrund, dass rund 99,7% aller österreichischen Unternehmen KMUs sind und diese fast zwei Millionen ArbeitnehmerInnen beschäftigen, ist klar, dass der Mittelstand für uns einen zentralen Platz einnimmt. Stärker als in vielen anderen europäischen Ländern ist der Mittelstand das Rückgrat unserer Wirtschaft und Basis unseres Wohlstandes. Darüber hinaus sind es gerade die KMUs, die in Krisenzeiten Verantwortung für ihre MitarbeiterInnen übernommen und Arbeitsplätze gesichert haben. Und nicht zu vergessen: Gerade in Österreich sind es vor allem die mittelständischen Unternehmen, die neue Wege beschreiten und innovativ sind. Dieser enorme Wert ist uns bewusst und dies gilt es zu bewahren.

Welche Person oder Einheit ist in Ihrer Partei ausdrücklich für den Mittelstand zuständig?

Lunacek: Im Parlamentsklub sind dafür federführend die grüne Wirtschaftssprecherin Ruperta Lichtenecker sowie Matthias Köchl, unser Sprecher für EPU, zuständig. Weitere Abgeordnete die in Teilbereichen zuständig sind, sind die grüne ArbeitnehmerInnensprecherin Birgit Schatz sowie die grüne Umweltsprecherin Christiane Brunner. Daneben ist die Grüne Wirtschaft, in der zahlreiche Mittelständler engagiert sind, die zentrale Anlaufstelle. Und natürlich gibt es in den Teilorganisationen in Ländern und Gemeinden weitere zuständige BereichssprecherInnen, deren Aufzählung hier aber wohl den Rahmen sprengen würde.

Wie viele Prozent ihrer NR-Abgeordneten arbeiten als Chefs oder Mitarbeiter in einem KMU/Selbständigen-Unternehmen bzw. haben dort mehr als 3 Jahre gearbeitet?

Lunacek: Etwa 20 Prozent.

Wodurch weisen Sie bisher den Wählern nach, dass sich Ihre Partei für den Mittelstand einsetzt?

Lunacek: Wir fordern laufend Maßnahmen für den Mittelstand und starten Initiativen – die entsprechenden Anträge und Anfragen können auch auf der Homepage des Parlaments abgefragt werden. Ein paar zentrale Beispiele: Wir fordern seit langem eine Reduktion der Lohnnebenkosten v.a. für KMUs, finanziert durch eine ökosoziale Steuerreform. Ein wichtiges Anliegen ist uns auch die Verbesserung der sozialen Absicherung von Selbständigen: So fordern wir die Abschaffung des Selbstbehaltes bei der SVA sowie Krankengeld ab dem 4. Tag, nicht erst ab dem 43. Auch die freiwillige Arbeitslosenversicherung muss dringend reformiert und attraktiver gemacht werden, um Selbständigen einen hinreichenden Schutz zu fairen Konditionen zu gewähren. Wir brauchen generell ein innovations- und investitionsfreundlicheres



LEIDER KEIN KURZ-INTERVIEW

Für den Blog „Lobby der Mitte“ – in Zusammenarbeit mit a3 ECO – wurden alle sechs Chefs der im Nationalrat vertretenen Parteien um Interviews zu den jeweils gleichen Fragen zum Thema Mittelstand gebeten.

Von fünf kamen Antworten, leider nicht von Sebastian Kurz. Natürlich ist zu verstehen, dass er, vom Vorgängerabgang-Zeitpunkt überrascht, nicht so schnell ein „Neue ÖVP-Wirtschaftsprogramm“ erarbeiten kann und bis zur Fertigstellung keine angreifbaren Positionen verlauten lassen möchte, Verwunderung war jedoch da.

Umfeld: Mit dem Alternativfinanzierungsgesetz wurde endlich die grüne Forderung nach der gesetzlichen Verankerung von Crowdfunding-Modellen umgesetzt, wenn auch mangelhaft. Um die Finanzierungsschwierigkeiten von Start-ups und KMUs zu mindern, braucht es Verhandlungen mit den Banken und gegebenenfalls auch staatliche Finanzierungshilfen. Im Bereich der Forschungsförderung haben wir heute die Situation, dass davon verstärkt Großunternehmen profitieren: Hier wären aus unsere Sicht die Mittel besser eingesetzt, wenn die Programme, wie in anderen Ländern Europas, besser auf die Bedürfnisse der KMUs zugeschnitten wären. Auch im Bereich der Wirtschaftsförderung muss der Bürokratieaufwand reduziert werden, damit KMUs verstärkt profitieren können. Und generell müssen die seitens der Regierung teils seit Jahrzehnten angekündigten Reformen endlich umgesetzt werden: Der Vorschriftendschungel muss endlich von unnützen und aufwendigen Regularien befreit werden. Dass die Realität leider eine ganz andere

ist, sieht man sehr plakativ wieder bei der angekündigten Gewerbeordnung, wo die Regierungsparteien sich nach monatelangem zähen Ringen bisher nicht einmal auf ein Reförmchen einigen konnten. Und letztlich geht es auch um die Zukunft des Mittelstandes: Hier ist vor allem auch das Thema Bildung hervorzuheben. Eine gut ausgebildete Jugend, ausgestattet mit dem Rüstzeug für die Wirtschafts- und Arbeitswelt der Zukunft, wird die Basis für den Mittelstand der Zukunft sein.

Wie ist es zu erklären, dass die Österreicher den Mittelstand zwar einerseits als klare Nummer 1 in Bezug auf Wirtschafts-Rückgrat und Krisenretter betrachten, aber andererseits als ständig an Einfluss und Durchsetzungskraft verlierende Unternehmen sehen?

Lunacek: Fakt ist, dass Großkonzerne und Finanzdienstleister oft eine wesentlich stärkere Lobby haben als der Mittelstand. Das scheint – wie die genannten Umfrageergebnisse nahelegen – auch in der Bevölkerung so wahrgenommen zu werden. Ein weiterer Faktor dürfte die Transformation des Mittelstandes sein: Heute gibt es viel mehr Einzelkämpfer als früher. Auch das wirtschaftliche Umfeld ist für Selbständige viel schwieriger geworden. Früher verband man mit Unternehmern Wohlstand und damit mittelbar auch Einfluss – heute kämpfen vor allem viele kleine Unternehmer permanent ums wirtschaftliche Überleben, nicht wenige leben in einem wirtschaftlichen Prekariat. Diese Veränderungen spiegeln sich natürlich auch in der öffentlichen Wahrnehmung wider.

Wenn nachweislich 63% der Österreicher den Mittelstand für sehr wichtig halten, wenn sich 32% der Österreicher zur Wertegemeinschaft Mittelstand zählen, wenn 18% der Bevölkerung keine der bestehenden Parteien als Mittelstandspartei sieht: Was tun die Grünen, um diese bedeutsame Zielgruppe zu erreichen? (Lusak/LdM-Gallup-Umfrage 2008 – 2016 in 7 Wellen)

Lunacek: Hier geht es aus unserer Sicht nicht um eine besondere Form des Ansprechens sondern vielmehr darum, welche Inhalte und Programme wir den Betroffenen anbieten können (siehe ausschnittsweise oben). Wir glauben daran, dass das die besten Ideen für den Mittelstand in Österreich sind und natürlich hoffen wir, dass sich durch diese möglichst

viele Menschen angesprochen fühlen. Zusammengefasst: Es geht um Inhalte, nicht um schöne Worte.

Nennen Sie bitte 3 Punkte, die sie konkret vorhaben, um die Situation des Mittelstandes zu verbessern.

Lunacek: Entlastung bei Lohnnebenkosten und Sozialabgaben. Mehr Förderung für Forschung und Innovation. Entrümpelung von unnötigem Verwaltungsaufwand.



ZUR PERSON

Unternehmensberater und Lobby-Coach
Mag. Wolfgang Lusak

www.lobbydermitte.at

www.lusak.at

eMail: office@lusak.at